



„Grün statt Blech um die Häuser“

- **BGH-Antrag: Weniger Auto-Stellplätze für Wohnblöcke und mehr Fahrradständer**
- **Grüne: Lieber mehr Grün um die Häuser als Abstellflächen für Autos**
- **CSU: Tendenz in Herrsching geht eher zu 3 Autos als zu einem**
- **SPD: Parkraum-Chaos im Innenbereich von Herrsching**

Bauherren dürfen nicht nur für ihre Familie planen - auch das Auto bekommt am neuen Heim sein eigenes „Zimmer“: Herrschings Stellplatzsatzung legt fest, dass für jede neue Wohnung 2 Stellplätze „nachgewiesen“ werden müssen. Sogar von Kirchengemeinden will das Amt pro 20 Sitzplätzen einen Ruheraum fürs „heilig Blechle“ sehen. Und bei Altenheimen schreibt die Satzung vor, dass pro 8 Betten eine Verwahrstelle für ein Automobil geschaffen werden muss. Sind solche Vorschriften noch zeitgemäß? Die Gemeinderätin Christiane Gruber von der Bürgergemeinschaft meint: Nein und will die Stellplatzsatzung an die moderne Mobilität anpassen. Die CSU-Gemeinderäte im Bauausschuss betrachteten den BGH-Antrag mit höchstem Misstrauen. Auch der Bürgermeister war schließlich froh, dass die Gruber-Idee in den Arbeitskreis Umwelt abgeschoben wurde.

Gruber schlug im BGH-Antrag vor, dass

- in der Stellplatzsatzung künftig auch Abstellplätze für Fahrräder verlangt werden
- im Innenraum von Herrsching bei Wohnblöcken mit mehr als 9 Wohnungen Stellplätze reduziert werden können, wenn ein Mobilitätskonzept vorgelegt wird
- für öffentlich geförderten Wohnraum und sozialgeförderte Wohnungen soll künftig eine eigene (großzügigere) Stellplatz-Richtzahl gelten.

Dass die Stellplatzsatzung nicht mehr ganz in die neue Zeit passt, bemängelte schon die Grünen-Gemeinderätin Traudi Köhl. Im Gemeinderat ging es im letzten Jahr um die Pkw-Räume für das Gemeindeprojekt „Bezahlbares Wohnen“ am Mitterweg. Köhl wies damals darauf hin, dass der Bahnhof fast vor der Haustür liege, da brauche es doch keine 2 Stellplätze pro Wohnung.

Christiane Gruber legte in ihrer Begründung dar, dass bei der letzten Stellplatz-Novelle 2015 die Mobilität noch anders ausgesehen habe: „Heute haben wir in Herrsching einen viel besseren öffentlichen Nahverkehr als vor 8 Jahren“, sagte sie und legte nach: „Nicht mehr alle Leute haben heute ein eigenes Auto, viele Jugendliche machen gar keine Fahrprüfung mehr.“

Bürgermeister Schiller wies darauf hin, dass Stellplätze das Bauen teurer machen. Das war aber kein Statement gegen die gültige Satzung, er wollte damit wohl gegen amtlich verordnete Fahrradstellplätze argumentieren. SPD-Gemeinderat Wolfgang Schneider sieht im Innenraum von Herrsching ein „extremes Parkchaos. Es ist alles zugeparkt.“ Ein Bauwerber müsse schon ein gutes Mobilitätskonzept vorlegen, um von Stellplatzaufgaben befreit zu werden. Anke Rasmussen warf ein, dass eine entschärfte Stellplatzsatzung nicht zu einem vergrößerten Baurecht führen dürfe – sprich: dass statt Stellplätzen weiterer Wohnraum entsteht. Man müsse nämlich bei der Stellplatzsatzung die Grünplanung mitdenken. Heißt wohl: Statt Stellplätzen lieber mehr Grün um die Häuser.

CSU-Fraktionssprecher Thomas Bader, dessen oberster Chef in der Staatskanzlei ja immer gerne vom Autoland Bayern spricht, behauptete in seinem Statement: „Der Vorschlag, weniger Stellplätze nachzuweisen, kommt zu früh.“ Sogar in den Breitbrunner Zweckverbandswohnungen an der Jaudesbergstraße hätten Bewohner 2 Autos. Das ist nach Einschätzung von Anliegern falsch, weil einige Mieter gar kein Auto, viele nur einen Wagen besitzen und von Parkraumnot keine Rede sein kann. Aber der CSU-Rat glaubt fest daran, dass heute die Tendenz in Herrsching eher zu 3 als zu einem Auto gehe. Seine grüne Ratskollegin, die ihm genau gegenüber saß, widersprach deutlich: „Es ist nicht zu früh für eine neue Satzung, jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt, an Büsche und Bäume statt an Autos zu denken.“

Der Bürgermeister versuchte in seinem Statement das Carsharing-Konzept zu entzaubern. Carsharing funktioniert nicht, meinte er. Er bekomme zudem von Bürgern außerhalb des Kernortes immer wieder Beschwerden, weil sie wegen Falschparkens einen Strafzettel bekommen hätten. Im Innenraum gebe es zu wenig Parkplätze. Gemeinderat Christoph Welsch beklagte, dass überhaupt nicht kontrolliert werde, ob Garagen zweckentfremdet werden. Und bei Dachausbauten sollte man von der Möglichkeit einer Ablöse öfter Gebrauch machen. Das heißt: Statt einen zusätzlichen Stellplatz nachzuweisen, kann der Bauwerber ein festgelegten Betrag als Ausgleich bezahlen. Und weil Welsch schon mal beim Garagenthema war, bezeichnete er den Garagenlift in der Hechendorfer Straße als „Katastrophe“.

Schließlich wurde das Thema mit dem Vorschlag abgeräumt, eine Stellplatz-Novelle zuerst einmal im Arbeitskreis Umwelt zu beraten. Und auf der Gemeinderatsklausur stehen die Pkw-Schlafplätze auch auf der Tagesordnung.

Category

1. Gemeinde

Date

07/05/2026

Date Created

12/10/2023